

## Funktion und Entwicklung der Politischen Wissenschaft

Die Entwicklung der Politischen Wissenschaft, d. h. eines möglichst objektiven, wahrheitsgetreuen Studiums der sozialen und politischen Bewegungen und besonders des Wesens der ökonomischen und politischen Machtfaktoren in Staat und Gesellschaft, ist für die Demokratie lebensnotwendig. Ohne eine breite Entfaltung der Politischen Wissenschaft kann es keine lebendige Demokratie geben. In politisch unreifen Nationen ist die Politische Wissenschaft nur schwach entwickelt, während sie in den reifen gedeiht. Dies konnte man bereits dem 1950 von der UNESCO veröffentlichten Sammelwerk „Contemporary Political Science“ entnehmen, das zahlreiche Länderberichte enthielt, unter denen diejenigen über die Verhältnisse in den USA und Großbritannien besonders hervorragten<sup>1)</sup>. Diese Darstellung wurde kürzlich ergänzt durch eine Übersicht über die Lehre und das Studium der Politischen Wissenschaft in zehn Ländern, die auf Grund eines Beschlusses der Generalversammlung der UNESCO von der *International Political Science Association* erarbeitet worden ist<sup>2)</sup>. Die Berichte aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden, Indien, Mexiko, Polen, Ägypten, Kanada und Westdeutschland wurden von Prof. William A. Robson (London School of Economics and Political Science) übersichtlich ausgewertet und zusammengefaßt. Fortgeschrittene Länder (wie die USA, England, Kanada und Schweden) stehen neben zurückgebliebenen (wie Ägypten, Mexiko, Polen). Die Bundesrepublik gehört zu den letzteren — was der deutschen autoritären Vergangenheit zuzuschreiben ist. Von den Ostblockstaaten ist bedauerlicherweise nur Polen vertreten. Im ganzen kommt Robson zu dem Ergebnis, daß der Zustand der Politischen Wissenschaft im Verhältnis zu ihren Aufgaben und Bedürfnissen trotz der sichtbaren Fortschritte in den letzten Jahrzehnten noch immer embryonal und ihre Entwicklung mehr in die Breite als in die Tiefe gegangen sei.

Der Gegenstand der Politischen Wissenschaft wurde folgendermaßen umrissen: 1. Politische Theorie und Geschichte der politischen Ideen; 2. Verfassung, Regierung, Verwaltung, wirtschaftliche und soziale Funktionen der Verwaltung; 3. Parteien, Gruppen und öffentliche Meinung; 4. Internationale Beziehungen (Politik, Organisation, Verwaltung und Internationales Recht).

Es zeigt sich, daß in Auffassung, Organisation und Qualität erhebliche Unterschiede bestehen, die von der jeweiligen politischen Vergangenheit und dem Stand der Hochschulbildung herrühren. Der traditionellen, rückständigen Art entspricht es, die Politische Wissenschaft als Anhängsel der Rechts-, Wirtschafts- oder auch Geschichtswissenschaftlichen Fakultäten zu behandeln und ihre selbständige Entfaltung zu verhindern. Teilgebiete der Politischen Wissenschaft dienen hier lediglich einer Vorbereitung auf den öffentlichen Dienst. Dem steht die moderne und — wie man hinzufügen muß — demokratische Auffassung gegenüber, nach der die Politische Wissenschaft selbständig und umfassend entwickelt werden muß und als fundamentales Wissensgebiet von allgemeiner erzieherischer und politischer Bedeutung angesehen wird. Am weitesten fortgeschritten im letzteren Sinne sind die USA, England, Schweden, Kanada und Indien. Auch hier freilich darf man nicht generalisieren.

Die ungeheure Zunahme der politischen Probleme und die administrativen Schwierigkeiten, denen die Regierungen in den Ländern gegenüberstehen, haben die Politische Wissenschaft indirekt gefördert. Nicht nur im öffentlichen Dienst wurde ein größeres Wissen verlangt, sondern auch in den gebildeten Kreisen der Gesellschaft, in Presse, Rundfunk usw., die die „öffentliche Meinung“ bilden. Es entstanden Meinungsverschiedenheiten

1) Siehe hierzu die Besprechung „Politische Wissenschaft in England“ in „Politische Literatur“, Frankfurt (Main), Heft 8/1953, S. 289 ff.

2) The University Teaching of Social Sciences: Political Science, A Report prepared by William A. Robson, Professor at the London School of Economics and Political Science of the University of London, on behalf of the International Political Science Association, UNESCO, Paris 1954.

über die Frage, wieweit die Politische Wissenschaft lediglich Berufsbildungsfaktor und wieweit sie als Faktor von allgemeiner politischer und erzieherischer Bedeutung aufzufassen sei. Prof. Robson kommt zu dem eindeutigen Ergebnis: „Wir glauben, daß die Notwendigkeit für eine umfassende politische Erziehung viel zu groß ist, als daß diese beschränkt werden könnte auf gewisse Schichten der Beamten und des öffentlichen Dienstes.“

Es wird aber auch nicht vorgeschlagen, den Eintritt in den öffentlichen Dienst nur denjenigen vorzubehalten, die eine Ausbildung in Politischer Wissenschaft erhalten haben, weil das den „geborenen Verwaltungspraktiker“ und überhaupt Befähigte der verschiedensten Vorbildung ausschließen würde und deshalb undemokratisch sei. Eine Spezialisierung wird erst im späteren Stadium des Studiums befürwortet und — in enger Verbindung mit der Praxis — den besonderen Wirtschafts- und Verwaltungsakademien anempfohlen.

Sosehr der Bericht ein allgemeines, umfassendes Lehrprogramm fordert, sowenig verkennt er die Notwendigkeit der Ausbreitung der Studien in alle Gesellschaftswissenschaften, wie Nationalökonomie, Soziologie, Geschichte, Öffentliches Recht, zwischstaatliche Beziehungen und Internationales Recht. Die künftigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes werden hiervon ebenso profitieren wie der Geschäftsmann, der Jurist, der Gewerkschafter, der Journalist, der Bankier und der Politiker. Eine solche politische Bildung erfordert eine sorgfältige und umfassende Gestaltung des Lehrprogramms der Politischen Wissenschaft sowie eine wohlüberlegte Kombination und Koordinierung mit den übrigen Sozialwissenschaften.

Der Lehrer der Politischen Wissenschaft hat größere Schwierigkeiten, mit dem Problem der Objektivität fertig zu werden, als der Historiker, Wirtschaftswissenschaftler oder Soziologe. Das liegt am Gegenstand seiner Arbeit, die in oft brennende politische Tagesfragen hineingreift. Mehr noch als für die USA, England und Skandinavien gilt das für Länder, in denen die Demokratie nicht stabilisiert und in denen grundsätzliche Fragen viel häufiger hart umkämpft sind. Der Lehrer der Politischen Wissenschaft soll einer eigenen politischen Stellungnahme nicht aus dem Wege gehen, er soll sich durchaus freimütig äußern, dabei aber seine persönliche Meinung von einer möglichst objektiv gehaltenen Darstellung der sonstigen Ansichten unterscheiden.

Man erfährt aus dem Vergleich der Länderberichte, daß in den USA mehr Politische Wissenschaft gelehrt wird als in allen anderen Ländern der Welt zusammen. In den letzten 20 Jahren wurden „Öffentliche Verwaltung“ und „Internationale Beziehungen“ die populärsten Studiengebiete. Es besteht in den USA heute die Gefahr einer zu großen Zersplitterung in Details.

In England ist die Struktur der Universitäten und Colleges sehr unterschiedlich, und dementsprechend variiert die Gestaltung und Bewertung des Studiums der Politischen Wissenschaft. Vorbildlich — man kann sagen für die ganze Welt — ist die *London School of Economics and Political Science*, wo die Politische Wissenschaft von Anfang an den Status eines unabhängigen Lehrgegenstandes hatte und als selbständige Fakultät organisiert wurde, in der die Studenten auch promovieren können. Die Politische Wissenschaft wird hier unterstützt durch eine hochentwickelte Lehre des Öffentlichen Rechts und der Soziologie. In Oxford bildet die Politische Wissenschaft einen Teil der historischen oder der juristischen Fakultät oder sie ist kombiniert mit Philosophie und Wirtschaftswissenschaft. In Cambridge ist sie nur ein Teilgebiet bei der Vorbereitung auf akademische Grade in Geschichte oder Wirtschaftswissenschaft. In den Provinzen bildet die Politische Wissenschaft einen Teil der Sozialwissenschaften, in Manchester einen Teil des Studiums der Öffentlichen Verwaltung. Als besonderer Fortschritt wird erwähnt, daß im Universitätskolleg von North Staffordshire im ersten Studienjahr ein Trimester für die Sozialwissenschaften vorgesehen ist, in dem die Politische Wissenschaft einen wesentlichen Teil ausmacht.

In Kanada ist die Politische Wissenschaft als selbständiger Studiengegenstand voll anerkannt und im übrigen mit den Wirtschaftswissenschaften eng verbunden. — Indien ist in Asien führend. Die Politische Wissenschaft ist hier besser entwickelt als in vielen westeuropäischen Ländern, was auf den Einfluß Englands und nicht zum wenigsten der London School of Economics and Political Science, von der viele Lehrer gekommen sind, zurückzuführen ist.

Der Fortschritt, der in Frankreich durch das Institut d'Etudes Politiques erzielt wurde, war nur möglich dadurch, daß hier das Studium der Politik sich außerhalb der rechtswissenschaftlichen und philosophischen Fakultäten vollzog, die in ihrem traditionellen Konservatismus und auf ihrem Widerstand gegen die Ausbreitung der Sozialwissenschaften beharren.

Der Rückstand der Politischen Wissenschaft in der *Bundesrepublik* steht in einem krassen Mißverhältnis zu den brennenden Notwendigkeiten demokratischer Erziehungsarbeit. Er ist auf das unglückselige historische Erbe zurückzuführen, d. h. auf die Verhältnisse in der Bismarckisch-Wilhelminischen Epoche bis 1918, auf die völlige Vernichtung der politischen und akademischen Freiheit während der Nazidiktatur und schließlich auf die restaurativen Tendenzen seit 1945. *Prof. Alfred Weber* hat wegen dieser düsteren Vergangenheit und der durch sie geschaffenen geistigen Verwahrlosung und Unbildung betont, daß der Aufbau der Politischen Wissenschaft in Deutschland anders vor sich gehen müsse als in den glücklichen Ländern, die bereits eine hochentwickelte Politische Wissenschaft besitzen. Er müsse „in der Formung und Vertiefung durch die besonderen deutschen Verhältnisse und Erziehungsaufgaben bestimmt sein“<sup>3)</sup>. Weber hat einen Erkenntnisaufbau in vier Stufen vorgeschlagen: Eine allgemeine Grundlage durch eine generelle Analyse des Zeitalters (I), darauf die Lehre von der inneren Struktur der politischen Gestaltungen im Massenzeitalter (wie Demokratie—Diktatur, Kapitalismus—Sozialismus) (II), die internationalen Verhältnisse (III) und die Probleme und der Mechanismus der Tagespolitik (IV). Bei uns muß das demokratische Fundament, das in den USA und England selbstverständlich ist, erst mühsam geschaffen werden.

*Prof. Robson* schildert die in Westdeutschland und West-Berlin nach 1945 ergriffenen Maßnahmen, ausgehend von der Konferenz in Waldleiningen (1949), den Rektorenkonferenzen in Tübingen und Hannover und der Tagung der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin im März 1950 über das Thema „Die Wissenschaft im Rahmen der Politischen Bildung“, die zu einer Konzeption der Politischen Wissenschaft führte, die abstellt auf die Erforschung und Darstellung der Probleme des öffentlichen Lebens, insbesondere des Problems der Macht und der Zivilisation. Im Sinne Alfred Webers wurde festgestellt:

„Die Politische Wissenschaft soll sich in der Hauptsache mit den grundlegenden politisch-soziologischen Fragen, dem inneren und sozialen Aufbau, den internationalen Beziehungen und der Anwendung der Resultate auf die Behandlung der Tagespolitik befassen.“

Bisher wurden Lehrstühle für Politische Wissenschaft an den Universitäten Kiel, Marburg, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, Tübingen, Heidelberg, Freiburg und an der Technischen Hochschule in Darmstadt errichtet. Auch an anderen Universitäten werden Vorlesungen und Gastvorlesungen auf diesem Gebiete gehalten. Indessen sind diese Lehrstühle und Dozenten in sehr verschiedener Weise in den rechtswissenschaftlichen, philosophischen, aber auch den naturwissenschaftlichen und landwirtschaftlichen Fakultäten untergebracht. In keiner einzigen Universität ist die Politische Wissenschaft eine selbständige Fakultät, und es gibt kein exklusives und umfassendes Lehrprogramm auf diesem Gebiete, mit Ausnahme der Lehrgänge an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven. Die Hochschule für Politische Wissenschaften in München veranstaltet zusätzliche Kurse für Studenten anderer Hochschulen und für Erwachsene.

Daneben bestehen noch die Staatliche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer zur Vorbereitung für den öffentlichen und auswärtigen Dienst, das Auslands- und Dolmetscherinstitut in Germersheim, die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg und ferner die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, die Akademie der Arbeit in Frankfurt und die Sozialakademie in Dortmund. An den drei letztgenannten Akademien, an denen der Deutsche Gewerkschaftsbund beteiligt ist, werden vor allem junge Gewerkschafter ausgebildet. Es sei noch hinzugefügt, daß die Politische Wissenschaft in Teilgebieten an den zahlreichen Pädagogischen Akademien gelehrt wird und daß sie an den Pädagogischen Akademien in Weilburg und Jugenheim (Hessen) Pflichtfach ist.

3) Prof. Dr. Alfred Weber: „Politische Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung“, Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, Gebr. Weiss-Verlag Berlin, 1950; S. 11.

A. R. L. *Gurland*, der frühere Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft in Berlin, hat für die Library of Congress in Washington einen ausführlichen Bericht über das Schrifttum und die Lehre der Politischen Wissenschaft in Westdeutschland erstattet, der die Feststellungen des UNESCO-Berichtes ergänzt und bestätigt<sup>4</sup>). Es ist sehr zu bedauern, daß diese gründliche Analyse und politisch wie wissenschaftlich äußerst bemerkenswerte Arbeit nicht in deutscher Sprache erschienen ist. Das Bild, das sie bietet, ist nicht gerade erfreulich. Sie zeigt, wie schwierig die Grundlegung einer neuen Politischen Wissenschaft nach dem Zusammenbruch der totalen Diktatur des „Dritten Reiches“ war und ist und mit welchen traditionellen, konservativen, restaurativen, reaktionären, pessimistisch-negativen und oft demokratiefeindlichen Gegenkräften sie zu kämpfen hat. Empirisch-soziologisches und demokratisch-sozialistisches Denken droht zu ersticken in der Flut rückwärts gerichteter Literatur. Gurlands Arbeit ist eine sehr aufschlußreiche Illustration der ernstesten Schwierigkeiten, denen die Politische Wissenschaft in Deutschland auf den beiden ersten Stufen der politischen Bildungsarbeit, der generellen Analyse des Zeitalters und dem strukturellen Aufbau der politischen Organisationen im Massenzeitalter gegenübersteht. Bisher, so bemerkte Gurland, ist das Studium der Politik noch keineswegs eine grundlegend empirische Disziplin. Statt dessen findet man Generalisierungen, die von diesem oder jenem Teil historischen Materials abgeleitet werden, Spekulationen über die Bedeutung und den Verlauf der Geschichte an Stelle gründlicher Untersuchungen. Rationale, liberale, zuweilen, aber sehr selten, sozialistische Auffassungen wechseln ab mit skeptisch-pessimistisch-theologisch-heroisch-nationalistischen Auffassungen in einem bunten Durcheinander, so daß der Student der Politik nur schwer einen klaren Standpunkt gewinnen kann<sup>5</sup>).

Auf der positiven Seite nennt Gurland vor allem *Karl Jaspers* optimistisch-rationalistische Schule, *Alfred Webers* Soziologie, die Arbeiten *Alexander Rüstows* und *Erich Köhlers*, die Weber nach der psychologischen Seite ergänzen, die Kritik der imperialistisch-pangermanistischen Geschichtswissenschaft bei *Ludwig Dehio*, *F. W. Hallgartens'* Studien über den deutschen Imperialismus (obwohl hier die ökonomischen Grundlagen der deutschen Politik stark vernachlässigt werden) und *Erich Eyks* Bekämpfung des wieder sehr modernen Bismarck-Mythus vom liberalen Standpunkt. Es besteht ein bezeichnender Mangel an gründlichen Untersuchungen über den Zerfall der Weimarer Republik und noch mehr über das „Dritte Reich“. Hier fehlt es ganz und gar an ernsthaften wissenschaftlichen Abrechnungen auf allen Gebieten. Einzelne Ansätze, wie etwa *K. D. Brachers* Studie „Auflösung einer Demokratie“<sup>6</sup>) oder *Friedrich Glums* Untersuchung des Versagens der deutschen Intelligenz gegenüber Nationalismus und „Nationalsozialismus“<sup>7</sup>) werden überschattet von einer sehr zweifelhaften Memoirenflut, Rechtfertigungsversuchen und Darstellungen der düsteren Vergangenheit, die die politische Wirklichkeit und das gesellschaftlich-politische Geschehen der letzten 25 Jahre mehr entstellen als aufklären. Und nicht nur das: Es existiert bereits eine Fülle von Büchern und Zeitschriften, die unter der Flagge von Geopolitik, Wehrpolitik und gegen den Osten gerichteter „europäischer Sicherheitspolitik“ nationalistische und autokratische Propaganda machen oder diese vorbereiten<sup>8</sup>).

Auf ökonomischem Gebiete überwiegt die neoliberale Literatur (*Böhm*, *Röpke*); an die Stelle der Klassenstruktur werden Gruppierungen gesetzt (*von Wiese*, *Theodor Geiger*);

4) „Political Science in Western Germany“, Thoughts and Writings, 1950-52, by A. R. L. Gurland, Library of Congress, Washington 1952.

5) Gurland a.a.O. S. 1.

6) Karl Dietrich Bracher: „Auflösung einer Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem“ in „Faktoren der Machtbildung“, Wissenschaftliche Studien zur Politik, Berlin, Duncker und Humblot, 1952 (Schriften des Institutes für politische Wissenschaft, Bd. 2).

7) Friedrich Glum: „Ideologische und soziologische Voraussetzungen für die Entstehung von Nationalismus und Nationalsozialismus“, in „Die Neue Rundschau“, Frankfurt, 1952, S. 64 ff. (Bd. 63, Nr. 2).

8) Siehe die Übersicht bei Gurland a.a.O. S. 25 ff., 30 ff., 34 ff.

der Marxismus wird vielfach mit Sowjetkommunismus verwechselt, und erst neuerdings finden sich Anzeichen eines ernsthafteren Marx-Studiums<sup>9</sup>).

Erschütternd negativ und unfruchtbar konservativ ist die Literatur auf dem Gebiete der Staats- und Verwaltungslehre und der Rechtswissenschaft. Der Aufgabe der Entwicklung einer Staats- und Verwaltungslehre der sozialen Demokratie und des sozialen Rechtsstaats weichen die meisten Autoren aus. Um so größeres Interesse widmen sie Detail- und Fachfragen und dem Bemühen, aus dem Provisorium des Bonner Grundgesetzes eine endgültige „demokratische Grundordnung“ zu machen. Es ist bezeichnend, daß ehemalige Naziprofessoren Lehrbücher über Staatslehre (*Koellreutter*), Verwaltungsrecht (*Forsthoff*), Wirtschaftsverwaltungsrecht (*Ernst Rudolf Huber*) herausbringen, die unkritisch übernommen und vielfach sogar als Lehrmaterial angepriesen werden und in denen sie ihre unrühmliche Mitwirkung am Aufbau des „NS-Führerstaates“ verschweigen oder beschönigen. Demgegenüber sind als erfreuliche Erscheinungen u. a. zu nennen die Arbeiten *Otto Stammers* über den demokratischen Prozeß der Formung der Eliten, *Gerhard Weissers* über die Errichtung eines normativen Systems ethischer Politik, die Arbeiten von *Gerhard Leibholz* und *Wilhelm Grewe* über die politischen Parteien und ihre demokratische Organisation und Kontrolle sowie die Bemühungen um eine demokratische Staats- und Verwaltungslehre bei *Hans Peters*, *Martin Drath* und *Wolfgang Abendroth*<sup>10</sup>). Letzterer ist wohl am konsequentesten bemüht, die verfassungs-, verwaltungs- und arbeitsrechtlichen Grundlagen einer gesamtdeutschen und nicht nur formalen, sondern Sozialen Demokratie zu erarbeiten, die auf der demokratischen Integration der demokratischen politischen Parteien, der sozialen Massenorganisationen und vor allem der Gewerkschaften beruht<sup>11</sup>).

Gurlands Arbeit bestätigt die Feststellungen Robsons von dem erschreckenden Mangel an qualifizierten Lehrern der Politischen Wissenschaft und vor allem an geeigneter Literatur. Es fehlt an modernen grundrißartigen Einführungen in die Politik, an Lehr- und Handbüchern, wie sie in der angelsächsischen Literatur in großem Umfange vorhanden sind.

Er bemerkt sehr richtig, daß die Bildung eines demokratischen Klimas, die Veränderung in Benehmen und Haltung, die Herbeiführung „besserer menschlicher Beziehungen von den politischen Bedingungen abhängig ist. Es gibt an vielen Stellen guten Willen und Interesse. Was der demokratischen Erziehung und Erneuerung hemmend im Wege steht, ist nicht allein das Problem des richtigen Lehrpersonals, der Literatur, der Einrichtungen und finanziellen Hilfsmittel, sondern vor allem das Fehlen einer lebendigen Demokratie, in der weite Kreise der Bevölkerung an der Entwicklung der Politischen Wissenschaft lebhaft Anteil nehmen. Was not tut, um die gegenwärtige Sterilität zu überwinden, ist die Schaffung solcher sozialer und politischer Bedingungen, in denen die fortschrittlichen demokratischen Kräfte in unserem Volke zu Einfluß und Geltung gelangen können. Es wird mit jedem Tag klarer, daß diese Bedingungen in der Atmosphäre des kalten Krieges und der Teilung Deutschlands in zwei feindliche Lager nicht geschaffen werden können. Sie fördert auf beiden Seiten nur die Tendenz zur Autokratie und hemmt die Entfaltung der Sozialen Demokratie. Damit diese Wirklichkeit werden kann, bedarf es zunächst einmal der Herstellung der deutschen Einheit.

9) So z.B. Heinrich Popitz: „Der entfremdete Mensch, Zeitkritik und Geschichtsphilosophie des jungen Marx“ in „Philosophische Forschungen“, Neue Folge, herausgegeben von Karl Jaspers, Bd. 2, Verlag für Recht und Gesellschaft A.G. Basel, 1953; ferner die „Marxismusstudien“ (Schriften der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1954; und vor allem Ralf Dahrendorf: „Marx in Perspektive. Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx“, Verlagsbuchhandlung J. H. Dietz Nachf., Hannover,

10) Siehe u. a. Otto Stammers „Herrschaftsordnung und Gesellschaftsstruktur. Erkenntnisobjekt und Aufgaben der politischen Soziologie“, in „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft“, 1951, S. 259 ff.; Gerhard Weisser: „Politik als System von normativen Urteilen“, Göttingen, 1951; Hans Peters: „Verwaltungslehre“, 1949; Martin Drath: „Die Gewaltenteilung im heutigen deutschen Staatsrecht“, in „Faktoren der Machtbildung“, 1952, S. 99 ff.; Wolfgang Abendroth: „Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“, in Festschrift für Ludwig Bergstraesser, Düsseldorf, 1954, S. 279 ff.

11) Siehe neuerdings: „Demokratie als Institution und Aufgabe“, in „Die Neue Gesellschaft“, 1954, S. 34 ff.; „Die deutschen Gewerkschaften“, Weg demokratischer Integration, Kleine Schriften zur Politischen Bildung, Wolfgang Rothe Verlag, Heidelberg 1954.